

¡Fijáte!

Nachrichten + Informationen + Berichte zu Guatemala

Nr. 758

Mittwoch, 6. Juli 2022

29. Jahrgang

Inhaltsverzeichnis

Vereinigte Linke auch in Guatemala: Offener Brief von Miguel Angel Sandoval.....	1
25 Jahre nach dem ersten LGBTIQ+-Marsch: "Sie existieren, sie widerstehen, sie bestehen".....	2
Sieben Guatemalteq*innen unter den 50 in Texas getöteten Migrant*innen.....	3
Gericht in Puerto Barrios verurteilt María Choc zu zwei Jahren auf Bewährung.....	4
José Alejandro Córdova Herrera könnte neuer Ombudsmann für Menschenrechte werden.....	4
Ex-Chef der CICIG im Team des neuen linken kolumbianischen Präsidenten Gustavo Petro.....	6

Vereinigte Linke auch in Guatemala: Offener Brief von Miguel Angel Sandoval

Guatemala, 4. Juni - An die nationalen Führungen von SEMILLA, URNG, WINAQ, MLP

Zu Beginn dieses Jahres habe ich mich erdreistet, zwei Briefe an die fortschrittlichen Parteien oder Gruppierungen zu schreiben, mit einer Idee, die sie alle akzeptieren, die aber keine von ihnen wirklich fördert: die Notwendigkeit politischer Bündnisse, die es allen ermöglichen, ohne Ausgrenzung aus der politischen Marginalität herauszutreten und schliesslich eine Regierung zu bilden. Das ist durchaus möglich, vor allem, wenn man bedenkt, dass die progressiven Fraktionen bei den letzten Wahlen mit ihrem gemeinsamen Ergebnis in die zweite Runde gekommen wären. Und dann wäre das Panorama ein anderes als das, das wir heute erleben.

Bei dieser Gelegenheit und aufgrund dieser Schreiben fand ein Treffen mit drei der eingeladenen Parteien statt. Die vierte Partei lehnte die Einladung ab, weil sie sich nach eigener Aussage ein anderes Verfahren wünschte. (...) Für die Sitzung am 15. Februar waren die Antworten - als Reaktion auf den Inhalt des Schreibens - eindeutig. Zwei der auf höchster Ebene vertretenen Parteien beharrten auf der Unverzichtbarkeit des Bündnisses. Eine andere, in der Stimme ihres obersten Führung, war kategorisch: Allianzen nur, wenn sie um uns herum geschehen. Kurzum, der Versuch ist gescheitert. Die Möglichkeit neuer Versuche blieb jedoch in der Schwebe. Bislang bleibt der Eindruck, dass es keine neuen Ansätze gibt, abgesehen von einigen, die historische Vorläufer haben, aber nicht viel mehr. Neue Tatsachen deuten jedoch darauf hin, dass zusätzliche Anstrengungen unternommen werden müssen, um Allianzen herbeizuführen. Wir bewegen uns in schwierigerem, zerklüftetem Terrain, das nicht kontrollierbar ist, sondern an Vereinbarungen hängt, die von allen eingehalten werden sollten.

In unserem Land setzt sich der institutionelle Verfall fort. Die Ernennung der Generalstaatsanwältin ist, auch wenn sie den Formalitäten entspricht, fragwürdig. Das Verfahren war von Anfang bis Ende unregelmässig, um nicht zu sagen illegal. Aber das ist jetzt eine Frage des Urteils. Die Generalstaatsanwältin wird gegen starken Widerstand arbeiten müssen, insbesondere angesichts der Anschuldigungen, die von Guatemalas wichtigstem Verbündeten, den USA, kommen. Der Rest ist allgemein bekannt. Der USAC-Skandal verdient eine besondere Erwähnung. (...)

Auf der internationalen Bühne sehen wir, dass die Prozesse, die zu Bündnissen führen, immer stärker werden. Jedoch bleibt der Eindruck, dass unser Land, oder besser gesagt, die Mächtigen unseres Landes, immun dagegen sind, die notwendigen Schritte zu unternehmen. Sie bemühen sich nicht, sich in diese Richtung zu bewegen, obwohl die Prozesse zeigen, dass gemeinsam Anstrengungen zu Ergebnissen führen, die weit über die Erwartungen von kleinen Gruppen hinausgehen.

Das beste Beispiel für Bündnisse zwischen verschiedenen Kräften hat sich in Kolumbien mit dem Aufbau des Historischen Paktes ereignet, der, unabhängig davon, ob er die Wahlen in der zweiten Runde gewinnt oder verliert (er gewinnt!), mit dem Sieg in der ersten Runde bereits eine politische Kraft ist, die die Hälfte der Wählerschaft dieses Landes und in den Kammern der Abgeordneten und Senatoren Sitze hat, die es ihm erlauben werden, ein echter Akteur in

den Gesetzgebungsprozessen des Landes zu sein. Dies ist das erste Ergebnis des Historischen Pakts. Es ist wichtig zu betonen, dass es während des Aufbaus des Historischen Pakts politische Kräfte gab, die ihre eigenen Präsidentschaftskandidaturen in einem Akt unbestreitbarer Reife ablehnten.

Das Gleiche gilt für Brasilien. Lulas Kandidatur ist ein nationales Phänomen und alle Umfragen gehen davon aus, dass er erneut die Präsidentschaft gewinnen wird. Damit dies geschehen kann, wurde eine Vielzahl von Allianzen geschmie-det. Sowohl in sozialer als auch in politischer Hinsicht. Ein ehemaliger Rivale wurde sogar als Vizepräsidentschaftskan-didat in die Liste der Präsidentschaftskandidat*innen aufgenommen. Dies ist Ausdruck einer klaren politischen Reife und der Gewissheit, dass Bolsonaros Misswirtschaft ein Ende haben muss.

In den Fällen von Kolumbien und Brasilien ist die Klarheit, mit der die Probleme der taktischen und strategischen Reichweite lokalisiert werden, oder die Unterscheidung zwischen dem Politischen und dem Ideologischen, beispielhaft (...) Mit anderen Worten: Auf dem Kontinent entsteht eine neue politische Konstellation, die Träger einer neuen politi-schen Ordnung sein könnte. Der Gipfel der Organisation Amerikanischer Staaten (OAU) in Los Angeles wird in dieser Hinsicht aufschlussreich sein. (...) In Guatemala aber sehe ich die progressiven Kräfte im Hintertreffen, weil es von ih-nen wenige Vorschläge, Analysen, Positionierungen gibt. Es ist ein politisches Vakuum. (...)

Gegenwärtig sollten die vier Gruppen, die ich als fortschrittliche und nicht als revolutionäre linke Strömung bezeichne, sich dazu verpflichtet fühlen, ein politisches Bündnis zu fördern, das zu den Ereignissen in unserem Land Stellung neh-men könnte. Ich nenne nachfolgend einige Themen, die eine ausführlichere und klarere Behandlung verdienen.

1. Die Pandemie wurde nur unzureichend bekämpft. Es sind etwa 8 Millionen Impfdosen verloren gegangen und 700 bis 800 Millionen Quetzales (= 84 bis 96 Mio. €) aus der Staatskasse verpulvert worden. Bis heute gibt es keine Ge-sundheitspolitik, die diesen Namen verdient. (...).
2. Die jetzt galoppierende Inflation hat im Hinblick auf die Brennstofffrage ihren Ursprung im Ukraine-Krieg, aber darüber hinaus hat sie strukturelle Ursachen, die von den progressiven Kräften gemeinsam angegangen werden soll-ten. Eine Notlage bei der Ernährung ist überall absehbar. Die Quellen sind eindeutig. Die Warnungen vor einer Hun-gersnot sind wirklich beunruhigend. Und es hat den Anschein, dass die fortschrittlichen Fraktionen, abgesehen von kleinen Kommunikés, keine kontinuierliche Position angesichts der jetzigen und kommenden Krisen haben.
3. Es ist eindeutig, dass es an einer klaren Politik für die Landwirtschaft mangelt und die Ernten folglich den nationa-len Nahrungsmittelbedarf nicht gewährleisten. Dies ist ein Thema, das fortschrittliche Parteien und Gruppen zusam-menbringen sollte, die derzeit nicht auf diese Problem von nationaler Tragweite zu reagieren scheinen.
4. Es gibt das Justizpaket. Das Verfassungsgericht (CC) macht, was es will, die Wahl der Gerichte wird zu einem schlechten Witz, usw. Und dann noch der Versuch, den Ombudsmann für Menschenrechte (PDH) abzusetzen. Die Fälle von inhaftierten und verfolgten Richter*innen und Staatsanwält*innen sowie derer, die sich bereits im Exil be-finden, sollten die fortschrittlichen Kräfte zu einem deutlicheren Handeln auffordern. Schweigen ist kein guter Rat-geber. Der letzte Strohalm ist vielleicht die Äusserung eines Richters (*gemeint ist wohl Galvez, d.Red.*) in den nati-onalen Medien: Die Ausübung des Richter*innenamts bedeute Verfolgung, Gefängnis, Exil. Dies ist eine ernste Aus-sage, denn so etwas wurde von den Diktaturen des letzten Jahrhunderts erwartet [, *aber nicht von einer sich Demo-kratie nennenden Staatsform, so liest es die Redaktion weiter*].
5. Der Fall der Wahlkommission (TSE). Es ist eigentlich jedem klar, dass so schnell wie möglich Wahlreformen benö-tigt werden. Die Zeit drängt. Nicht zu reformieren bedeutet, mit denselben Regeln in die nächsten Wahlen zu gehen. Die TSE mit ihren derzeitigen Behörden und vor allem mit deren Praktiken, die wir tagtäglich erleben, ist keine Ga-rantie für irgendetwas. Vielmehr ist das willkürliche Austarieren des Ermessensspielraums die Regel.
6. Aufgrund der oben genannten Punkte und vieler anderer, die ich nicht erwähnen werde, fordere ich die fortschrittli-chen Parteien, an die ich mich mit diesem neuen Schreiben wende, dringend auf, eine gemeinsame politische Positi-on zu beziehen, die die Tür zu grösseren Vereinbarungen öffnet. Denn es wäre sehr schwach, nur an eventuelle Wahlbündnisse zu denken, ohne Positionen zu vertreten, die den Weg für die Bündnisse ebnen würden, die derzeit im Mittelpunkt der Debatte stehen.

Das ist das Mindeste, was von Ihnen erwartet wird. In brüderlicher Verbundenheit, Miguel Sandoval.

25 Jahre nach dem ersten LGBTIQ+-Marsch: "Sie existieren, sie widerstehen, sie sind da".

Guatemala, 28. Juni - Der erste Pride-Marsch der LGBTIQ+-Community in Guatemala am 2. Oktober 1997 diente dem Gedenken an die Ermordung von María Conchita Alonso, einer Transfrau, die in der Nähe des Ortes, an dem sie ih-rer Sexarbeit nachging, an der Ecke 5. Avenida und 11. Calle in der Zone 1 der Hauptstadt, ermordet wurde. Der Spaziergang begann vor der Kathedrale und endete an der Stelle, an der María Conchita ermordet wurde. Die Medi-en, die über den Marsch berichteten, bezeichneten ihn als den ersten Gay Pride March.

Im Historischen Archiv der Nationalen Polizei (AHPN) ist die Verfolgung der Gemeinschaft während des Bürgerkrieges im Land und auch nach der Unterzeichnung des Friedensabkommens dokumentiert. In den Archiven kann man nachle-

sen, wie die Polizei Menschen aus der vielfältigen LGTBQ+-Gemeinschaft ohne Grund verhaftet und verfolgt hat. In den extremsten Fällen werden die Behörden beschuldigt, für die Ermordung und das gewaltsame Verschwinden vieler von ihnen verantwortlich zu sein.

Der erste offizielle LGTBQ+-Pride-Marsch wurde im Jahr 2000 ins Leben gerufen und marschiert seitdem von Zone 4 zur Plaza Central. Tausende transsexuelle, lesbische und schwule Menschen gingen auf die Strasse. Einige, um ihre Rechte einzufordern, um zu zeigen, dass sie Teil der guatemalteckischen Gesellschaft sind und um zu feiern, dass sie lieben können, wen sie wollen.

Die diesjährige Demonstration war für 14 Uhr angesetzt. Die meisten Wägen und Teilnehmer*innen waren startklar. Inmitten von Gelächter, Umarmungen, Tänzen und den Farben der LGTBQ+ Pride-Flagge, Bildern, Kostümen und Bannern mit klaren Botschaften zur Achtung der Rechte der Gemeinschaft begann die Parade, durch die Strassen zu ziehen. Die Freude und das Tanzen gaben einigen der politisch aufgeladenen Botschaften eine andere Bedeutung. Organisierte Transfrauen führten den Marsch an und forderten ihre Rechte von einem Staat ein, der sie nicht anerkennt. Die Parade war so vielfältig wie die Menschen, die daran teilnahmen. Es gab antikapitalistische Reden, andere Sektoren begleiteten den Marsch mit Musik und Tanz, aber es gab keinen Zweifel daran, dass, in welcher Form auch immer die Menschen agierten, es immer um die Verteidigung der Menschenrechte der Gemeinschaft ging (Prensa Comunitaria).

Der Artikel ist mit vielen Fotos von Demonstrationen versehen, siehe: <https://www.prensacomunitaria.org/2022/06/a-20-anos-de-la-primera-marcha-de-la-poblacion-lgbtqi-existen-resisten-persisten/>

Sieben Guatemalteck*innen unter den 50 in Texas getöteten Migrant*innen

San Antonio, Texas, 28. Juni - Am Montagnachmittag fand die Polizei einen verlassenen Wohnwagen in einem Waldgebiet südöstlich der Stadt San Antonio, Texas, in dem Dutzende von Migrant*innen erstickt, verletzt und tot aufgefunden wurden. Der dortige Polizeichef teilte auf einer Pressekonferenz mit, dass 46 Menschen tot aufgefunden wurden, während 16 zur Behandlung in verschiedene Krankenhäuser gebracht wurden; unter den letzteren vier Minderjährige. Am folgenden Tag stieg die Zahl der Todesopfer auf 50.

Der mexikanische Präsident Andrés Manuel López Obrador bestätigte, dass von den insgesamt getöteten Personen 22 Mexikaner*innen, sieben Guatemalteck*innen und zwei Honduraner*innen seien; die Identität von 19 weiteren Personen müsse noch bestätigt werden, sagte er in seiner regelmässigen morgendlichen Pressekonferenz. Er erklärte, dass die Todesursache der 50 Menschen Erstickung war und beklagte dies als ein "grosses Unglück". Bezüglich der Ursachen der Migration in den Norden, dem Hauptziel der Migrierenden, räumte López Obrador ein, dass dies mit der "Situation der Armut und Verzweiflung unserer mittelamerikanischen Brüder und Schwestern" zu tun habe. Er fügte hinzu, dass diese Realität angesichts der fehlenden Kontrollen an der mexikanischen Grenze zu den Vereinigten Staaten auch mit dem illegalen Menschenhandel zusammenhänge.

Auf guatemalteckischer Seite haben die Migrations- und Regierungsbehörden wenig unternommen, um sich um die Opfer der Tragödie zu kümmern. Das guatemalteckische Migrationsinstitut (IGM) erklärte in einem Kommuniqué, dass es dem Rat für Aufmerksamkeit und Schutz der Migrationsbehörde einen Fahrplan vorlegen werde, der den betroffenen Menschen und Familien umfassende Unterstützung biete.

Präsident Alejandro Giammattei meldete sich in den sozialen Netzwerken zu Wort und führte den Vorfall auf den Schmuggel von Migrant*innen zurück: "Es müssen unbedingt Mechanismen gefunden werden, um die Strafen zu verschärfen und coyotaje zu einem Auslieferungsdelikt zu machen", schrieb er. Coyotaje ist eine illegale Form der Unterstützung für eine irreguläre Einreise einer Person in einen Staat. In Guatemala wird diese Tätigkeit als Verbrechen eingestuft, das mit 10 bis 30 Jahren Gefängnis und einer Geldstrafe von 100.000 bis 200.000 Quetzales (von 12.000 bis 24.000 €) geahndet wird. Aber diese Verbrecher sind nicht der Grund, der die Menschen dazu bewegt, ihre Herkunftsgemeinschaften zu verlassen, sondern weil sie in einem schwachen Staat mit unsicheren Steuereinnahmen und wachsender Korruption leben, der ihnen wenige Chancen auf Gesundheit, Arbeit und Bildung gibt.

Das Ereignis, das die Tragödie kennzeichnete

Laut Univisión sagte der Polizeichef von San Antonio William McManus in einem Interview, dass er, als es 10 Minuten vor 6:00 Uhr morgens war, den ersten Hilferuf erhielt.

"Er kam von einem Arbeiter in einem Gebäude in der Gegend, der Schreie hörte, die um Hilfe riefen. Er ging hin, um nachzusehen, was los war, und fand den Lkw mit angelehnten Türen vor", sagte McManus. Als die Person, deren Identität nicht bekannt gegeben wurde, die Türen des Anhängers vollständig öffnete, fand er die Leichen der Migrant*innen, sowie einige in noch lebenden, aber ernstem Zustand, und rief die Behörden an, fügte er hinzu.

Der mexikanische Außenminister Marcelo Ebrard bestätigte seinerseits auf seinem Twitter-Account die Verhaftung von drei Personen durch die US-Behörden, gab aber nicht bekannt, ob sie mit dem Tod der Migrierenden in Verbindung ste-

hen. Andere internationale Medien behaupten, dass sowohl Ebrard aus Mexiko als auch ein Sprecher der US-Einwanderungs- und Zollbehörde darauf hinwiesen, dass dieser Fall mit Menschenhandel in Verbindung stehen könnte, da der Anhänger, in dem die Migrierenden gefunden wurden, ein US-Kennzeichen trug. Vermutlich, um weniger aufzufallen.

Politisches Versagen und Gegenreaktionen gegen Bidens Regierung

Nach Angaben der US-Grenzpatrouille wurden allein im Mai dieses Jahres 44.000 irreguläre Migrant*innen an der Grenze von San Antonio, in der Nähe des Unglücksortes, aufgegriffen.

Die Internationale Organisation für Migration (IOM) definiert diese als Menschen, die eine internationale Grenze überschreiten oder überschritten haben und nicht berechtigt sind, in einen bestimmten Staat einzureisen oder dort zu bleiben. Die Kritik an den Ereignissen konzentrierte sich jedoch auf die Regierung von Präsident Joe Biden, da seine Politik bei der Eindämmung der Krise der menschlichen Mobilität an den Grenzen zu Mexiko versagt habe.

Der Republikaner und derzeitige Gouverneur des Bundesstaates Texas, Greg Abbott, gab dem Präsidenten die Schuld und sagte, dass "mindestens 42 Menschen, die tot in einem Lastwagen mit Migrant*innen in Texas gefunden wurden, Bidens Verantwortung sind. Sie sind das Ergebnis seiner tödlichen Politik der offenen Grenzen und zeigen die tödlichen Konsequenzen seiner Weigerung, das Einwanderungsgesetz durchzusetzen", schrieb er auf seinem Twitter-Account.

"Die Schwäche der demokratischen Systeme sind strukturelle Faktoren, die jede Investition der USA zur Lösung der strukturellen Probleme, die zu irregulärer Zwangsmigration in Zentralamerika führen, erheblich erschweren", sagte Iván Aguilar, zuständig bei Oxfam für die humanitäre Hilfe in Zentralamerika. Für Aguilar zeigt sich die derzeitige Dysfunktionalität in den öffentlichen Einrichtungen Zentralamerikas in der Zahl der zentralamerikanischen Bevölkerung, die Nahrungsmittelhilfe benötigt. "2018 benötigten 2 Millionen Menschen in den vier Ländern Nahrungsmittelhilfe, 2022 werden es mehr als 8 Millionen Menschen sein, d.h. die Zahl hat sich vervierfacht. Dieser Anstieg spricht nicht nur für die zahlreichen Krisen, die Zentralamerika häufig und schwer treffen (Dürren, Wirbelstürme usw.), sondern auch für die Unfähigkeit oder mangelndes Interesse der Regierungen, angemessen zu investieren, um die Auswirkungen dieser Krisen zu mildern", sagte er. In diesem Sinne empfahl er den US-Regierungsbehörden, erhebliche Anstrengungen zu unternehmen, um als ersten Schritt die zentralamerikanische Zivilgesellschaft zu unterstützen. Diese sollte durch ihren Druck strukturelle Veränderungen erreichen. Erst dieser Druck ermöglicht ein institutionelles und demokratisches Umfeld, das die Säuberung der öffentlichen Institutionen erleichtert und die Trennung und Unabhängigkeit der staatlichen Gewalten begünstigt. So wird die Voraussetzungen dafür geschaffen, sowohl in Kooperationsprojekte zu investieren als auch Staatshaushalte aufzustellen, die die Lücken beim Zugang zu Dienstleistungen und Entwicklungsmöglichkeiten überwinden könnten. (Prensa Comunitaria)

Gericht in Puerto Barrios verurteilt María Choc zu zwei Jahren auf Bewährung

Puerto Barrios, 28. Juni - Die Übersetzerin und Menschenrechtsverteidigerin María Magdalena Cuc Choc, eine Q'eqchi' aus der Gemeinde El Estor, wurde am 27. Juni vom Richter Jesús Mazariegos in Puerto Barrios, Izabal (siehe Fijáte! 757), wegen schwerem Landfriedensbruch (Landbesetzung) zu zwei Jahren Haft auf Bewährung verurteilt. (...) In diesem Prozess intervenierten der Experte Harald Waxenecker mit einem Gutachten, das die anomale Art und Weise aufzeigt, in der sich einige Geschäftsleute das Land angeeignet haben, und der Historiker Diego Vásquez, der eine Studie über die Ansiedlung der Maya-Völker in dieser Region durchgeführt hat [*Letzterer hatte mit dieser Studie geholfen, den Obersten Gerichtshof davon zu überzeugen, das Bergbauprojekt in El Estor zu kippen, d.Red.*]

Otto Pérez Molina, Rodrigo Lainfiesta und das Landgut Santa Isabel

Das Landgut Santa Isabel gehörte einst der Familie Lainfiesta Rimola und wurde an Otto Pérez Molina abgetreten. Die Gemeinde Chab'il Ch'och' wurde während seiner Regierung schikaniert, weil man vermutete, dass das Landgut dem ehemaligen Präsidenten gehörte. Als seine Regierung stürzte und er wegen des Falles des Zollbetrugs, bekannt als La Línea, im Gefängnis landete, tauchte Rodrigo Lainfiesta, Bruder des Abgeordneten Julio Lainfiesta von der Partei Unión del Cambio Nacionalista (UCN), auf (...) und riss das Landgut an sich. Die Gemeinde Ch'ab'il Ch'och' wurde am 30. Oktober 2017 vertrieben.

Die stellvertretende Ombudsfrau für Menschenrechte (PDH), Miriam Roquel, der ehemalige Abgeordnete Leocadio Juracán und Marcelo Sabuc, nationaler Koordinator des Comité Campesino del Altiplano (CCDA), beantragten am 13. November 2017 bei der Interamerikanischen Menschenrechtskommission (IACHR) vorsorgliche Massnahmen für die betroffenen Familien, die am 25. Januar 2018 auch gewährt wurden. (Prensa Comunitaria)

José Alejandro Córdova Herrera könnte neuer Ombudsmann für Menschenrechte werden

Guatemala, 29. Juni - Die Mitglieder der Menschenrechtskommission des Kongresses haben eine Rangliste der 36 Kandidat*innen für das Amt des Ombudsmannes für Menschenrechte (PDH) erstellt, (...) darunter José Alejandro Córdova Herrera, der die Liste anführt. Es ist erwähnenswert, dass María Consuelo Porras bei der Wahl zur Generalstaatsanwältin und Leiterin der Staatsanwaltschaft (MP) 2022-2026 die höchste Punktzahl erhielt, ein Aspekt, der ausschlaggebend dafür war, dass das Verfassungsgericht einen Beschluss zu ihren Gunsten fasste, in dem sie in die Liste der sechs

Kandidat*innen aufgenommen wurde und schliesslich von Präsident Alejandro Giammattei wieder ernannt werden konnte. Würde es ähnlich ablaufen, würde Córdova Herrera in das Amt des PDH gewählt werden.

JOSÉ ALEJANDRO CÓRDOVA HERRERA

Der Kandidat mit der höchsten Punktzahl, Córdova Herrera, hat einen Dokortitel in Rechtswissenschaft und Verfassungsrecht, hat an verschiedenen Universitäten gelehrt und war Richter im Justizwesen. Im Jahr 2020 kandidierte er für das Amt des Richters des Obersten Gerichtshofs (CSJ), wo er mit 94 Punkten den vierten Platz belegte. Laut Plaza Pública wird er beschuldigt, Verbindungen zu dem Geschäftsmann und Strippenzieher Gustavo Alejos zu unterhalten.

BEWERTUNG NACH EINSTUFUNGSTABELLE

Die Bewertung erfolgte anhand einer Einstufungstabelle mit vier Aspekten: Ethische Verdienste: maximal 25 Punkte; Akademische Verdienste: maximal 35 Punkte; Berufliche Verdienste: maximal 30 Punkte; Menschliche Verdienste: maximal 10 Punkte, d.h. es gibt eine maximale Punktzahl von 100. Die Mitglieder gaben ihre individuelle Einschätzung und Bewertung ab, dann wurden die Stimmzettel an den Vorsitzenden des Ausschusses geschickt, der den Durchschnitt der einzelnen Kandidat*innen errechnete.

DURCHSCHNITT DER KANDIDATEN

Die Rangliste sieht wie folgt aus [*in Klammern einige Infos zu selbigen, die die Redaktion im Netz recherchiert hat*]:

- 1. José Alejandro Córdova Herrera 90.42** (s.o.)
- 2. Gloria Margarita López Rodas 89.05** (sie ist aktuell im Nationalen Büro zur Prävention von Folter im Präsidentialamt, ihr Bruder Leonel war Präsidentschaftskandidat der PAN)
- 3. Hilda Aydeé Castro Lemus 88.74** (Rechtsanwältin und zuletzt leitende Richterin am Appellationsgericht, 15 Jahre Erfahrung im Institut für Öffentliches Strafrecht, IDPP)
- 4. María de los Ángeles Araujo Bohr 88.42** (Stellvertretende Richterin am Verfassungsgericht)
- 5. Carlos Alberto Solórzano Rivera 87.79** (ab 2004 Abgeordneter der Patriotischen Partei, PP, und im Kongresspräsidium; bis 2019 Mitarbeiter im Nationalen Büro zur Prävention von Folter im Präsidentialamt, die beiden letzten PDH evaluieren deren Arbeit als wirkungslos)
- 6. Carlos Rafael Martínez Ríos 87.63** (Leiter der PDH in Quetzaltenango)
- 7. Marilis Guendalin Ramírez Baltazar 87.53** (Garifuna, PDH Chimaltenango, Präsidentialamt gegen Rassismus)
- 8. Carlos Horacio Castillo García 87.32** (Stellvertretender Richter am Appellationsgericht, vorher Mitarbeit im MP, 2017 bereits Kandidat für PDH, laut Stiftung Myrna Mack steht er dem privaten Sektor nahe)
- 9. Marlon Josué Barahona Catalán 87.16** (Berater des aktuellen PDH, stellvertretender Richter im TSE)
- 10. Melvin Giovanni Portillo Arévalo 87** (enge Beziehungen zu Manuel Baldizon, LIDER; er reichte Klage gegen Ivan Velásquez, CICIG ein)
- 11. Xiomara Argentina Barillas Peláez 86.68** (wurde 2019 von der Wahl zur Richterin am Appellationsgericht ausgeschlossen)
- 12. José Alejandro de León Maldonado 86.16** (aktuell Fraktionsvorsitzender PODEMOS, die A. Sinibaldi nahe steht)
- 13. Giovanni Francisco Soto Santos 86.11** (Richter am Appellationsgericht; entschied u.a. gegen die Auflösung von FCN-Nacion wegen illegaler Finanzierung)
- 14. Claudia Caterina Maselli Loaiza 86** (aktuell zweite Stellvertreterin des PDH)
- 15. Noé Adalberto Ventura Loyo 85.79** (Richter am Gericht gegen Femizid; Beziehungen zu Gustavo Alejo, Urteile zu dessen Gunsten)
- 16. Claudia Lucrecia Rivera Meza 85.79** (2010 Magisterarbeit: kritische Analyse der Rechtsstaatlichkeit; ansonsten keinerlei Informationen im Netz zu finden)
- 17. Reyna Isabel Villatoro Rodríguez 85.37** (aktuell im Verkehrsministerium tätig, war Gouverneurin von Santa Rosa in der Zeit von Präsident Jimmy Morales; erfolgloser Versuch, Richterin am Berufungsgericht zu werden)
- 18. Erick Estuardo Cárdenas Lima 85.02** (unter Jimmy Morales Leiter der Zuchthäuser, aktuell: Rat für Adoptionen)
- 19. Oscar Adolfo Morales Montúfar 84.05** (ex-Vizepräsidentschaftskandidat für Encuentro por Guatemala)
- 20. Jorge Rolando Sequén Monroy 83.89** (Richter am Appellationsgericht für Arbeitsrecht; 2014 in der Berufungskommission, deren Ergebnis wegen Unregelmässigkeiten annulliert wurde; 2019 ermittelt FECCI gegen ihn wegen Amtsmissbrauch, vom CSJ wurde die Ermittlung gestoppt)
- 21. Diego José Montúfar Milián 83.63** (Berater u.a. im Sportministerium, Mitarbeit im Institut für Migration)
- 22. Carlos Enrique Culajay Chacach 83** (versuchte bereits 2012, PDH zu werden)
- 23. Elsa Angélica Blanco Amaya 82.79** (arbeitete beim Prokurator der Nation, PGN)
- 24. Juan Ramiro Sierra Requena 82.74** (Anwalt und Universitätsdozent aus Coban, Mitglied im Verband alternativer und unabhängiger Anwalt*innen)
- 25. Heydi Karina Orellana Paiz 82.11** (Magister in Jura)
- 26. José Luis Chea Urruela 81.63** (Kulturminister unter Jimmy Morales, Präsidentschaftskandidat für die Partei Produktivität und Arbeit)
- 27. Daniel Bernabé Portillo Calderón 81.37** (arbeitete in der PDH in Chiquimula und El Progreso; aktuell Kongressabgeordneter für Bürger*innenallianz, eine Partei von ex-LIDER oder PP-Abgeordneten)
- 28. Acisclo Valladares Molina 80.58** (ex- Chef der PGN, Interims-Leiter der MP, Diplomat)
- 29. Larry Mark Robles Guilbert 80.53** (ex-Prokurator der Nation, 2011-2013, nominiert von Alvaro Colom, Gemein-

deassessor in Santa Catarina Pinula)

30. Estuardo Castañeda Bernal 79.58 (Dozent an der USAC)

31. Romeo Candelario Pérez Rivas 78.74 (ex-Rechtsanwalt der PP)

32. Fernando Linares Beltranena 78.74 (lange Zeit PAN-Abgeordneter, nun Mitarbeiter eines TODOS-Abgeordneten)

33. Silvia Lucrecia Villalta Martínez 78.32 (ex-Mitarbeiterin im Büro gegen Folter und im MP, seit 2020 Landwirtschaftsministerium; FECCI ermittelte gegen sie wegen Informationsweitergabe an Angeklagte in Korruptionsfällen)

34. Edward Rosalío Gómez García 77.47 (erfolglose Versuche, Richter am Berufungsgericht und Generalstaatsanwalt zu werden)

35. Ángel Cuevas Florián 76.79 (ehemals Unterdirektor der Abteilung für den Schutz der (Vize-)Präsident*innen, SAAS, unter Otto Pérez Molina)

36. Vilma Elizabeth Castellanos Ramírez 67.26 (erfolgloser Versuch, Richterin am Berufungsgericht zu werden)

Am 5. Juli werden jene drei Kandidat*innen festgelegt, die dem Plenum des Kongresses zur Wahl des nächsten PDH vorgelegt werden. "Es ist klarzustellen, dass die gegebene Punktzahl für die Abstimmung der Abgeordneten nicht bindend ist", sagte der PAN-Abgeordnete Manuel Conde. (La Hora)

Ex-Chef der CICIG im Team des neuen linken kolumbianischen Präsidenten Gustavo Petro

Bogotá, 28. Juni – Auch in der Zivilgesellschaft Guatemalas wurde der Sieg des linken Präsidentschaftskandidaten Gustavo Petro begrüßt. In seinem Team befindet sich ein für Guatemala bekanntes, bei den Eliten sogar berüchtigtes und angefeindetes Gesicht: Ivan Velásquez, ex-Leiter der CICIG. Prensa Comunitaria erinnert an ihn wie folgt:

Das Übergangsteam des gewählten kolumbianischen Präsidenten Gustavo Petro stellte am Dienstagmorgen die Liste der Personen vor, die er als Verbindungspersonen zur scheidenden Regierung von Präsident Iván Duque in 32 Themenbereichen einsetzen wird, darunter der ehemalige Richter Iván Velásquez als Leiter des Bereichs Korruptionsbekämpfung. Velásquez war von Oktober 2013 bis Dezember 2019 Leiter der Internationalen Kommission gegen Straflosigkeit in Guatemala (CICIG), als die Regierung des Präsidenten Jimmy Morales das Abkommen zwischen dem Staat und den Vereinten Nationen ignorierte, das der Kommission Rechtskraft verlieh. Morales hatte Velásquez Monate zuvor an der Einreise gehindert.

In der Endphase des Wahlkampfs von Petro, der mit dem Sieg des linken Politikers in der zweiten Runde der Präsidentschaftswahlen am 19. Juni endete, trat Velásquez an der Seite des Kandidaten auf. Ende Mai, vor der ersten Runde, twitterte Petro ein Foto von sich und Velásquez und kündigte an, dass die beiden einen "gründlichen Kampf gegen die Korruption" führen würden, sollte er in die Casa de Nariño, den Regierungspalast in Bogotá, einziehen dürfen. Das Team von Petro gab die Ernennungen, darunter auch die von Velásquez, wenige Stunden vor der Vorstellung des Abschlussberichts der Wahrheitskommission bekannt, die 2015 im Rahmen des von der Regierung des damaligen Präsidenten Juan Manuel Santos und der FARC-Guerilla ausgehandelten Friedensabkommens vereinbart wurde. Der scheidende Präsident Iván Duque liess sich für die Teilnahme an der Veranstaltung entschuldigen. Eine der Empfehlungen des Abschlussberichts besteht darin, in der kolumbianischen Generalstaatsanwaltschaft eine Sondereinheit für Korruptionsermittlungen einzurichten, um den reibungslosen Ablauf der Übergangsjustiz in Kolumbien zu gewährleisten. (...)

Es ist sehr wahrscheinlich, dass der ehemalige Leiter der CICIG der Regierung von Gustavo Petro angehören wird. (Prensa Comunitaria)

¡Fijáte!

vierzehntägiger E-Mail-Nachrichtendienst zu Guatemala in deutscher Sprache

<http://fijate.guatemala.de>

www.facebook.com/fijateMagazin

Redaktion:

Stephan Brües – stephan.bruees@arcor.de

Theresa Bachmann - theresabachmann95@web.de

Weiterverbreitung der Informationen mit Quellenangabe ausdrücklich erwünscht!

Herausgeber: Verein **¡Fijáte!**, registriert in CH-2502 Biel, c/o Barbara Müller, Ankerstr. 16, CH-8004 Zürich

Abo-Verwaltung: fijate@mail.de

Abo in Deutschland und Österreich: Jahresabonnent: 50 €, Solidaritätsabonnent: 100 €

Abo in der Schweiz: Jahresabonnent 85.-CHF

Konto-Nr. für alle AbonnentInnen:

IBAN: CH3809000000305160686, BIC (SWIFT): POFICHBEXXX Postfinance AG Bern, PC: 30-516068-6